

## Niederschrift

---

### Sitzung des Stadtrates

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 23.04.2020  
**Sitzungsbeginn:** 17:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:36 Uhr  
**Ort, Raum:** Stadthalle Merzig, Großer Saal, Zur Stadthalle 4, 66663 Merzig

---

#### Anwesend

##### Vorsitz

Marcus Hoffeld, Bürgermeister

##### CDU-Fraktion

Alexander Boos	CDU	ab 17.35 Uhr
Johannes Ehm	CDU	
Dr. Detlef Nikolaus Hans	CDU	
Simon Tinnes	CDU	
Ulrike Biermann	CDU	
Doris Darimont-Doll	CDU	
Matthias Görgen	CDU	
Manfred Klein	CDU	
Axel Ripplinger	CDU	
Angelika Conrad	CDU	
Stefan Dorbach	CDU	
Therese Schmitt	CDU	
Hans-Joachim Horf	CDU	
Thomas Klein	CDU	
Jürgen Auweiler	CDU	
Dr. Manfred Kost	CDU	

##### SPD-Fraktion

Martin Dyck	SPD
Tina Fischer	SPD
Wolfgang Klose	SPD
Caroline Ney	SPD

Sebastian Palz	SPD
Silvia Prinz	SPD
Nikolaus Lorenz	SPD
Martina Holzner	SPD
Giuseppe D'Auria	SPD

Fraktion B'90/Die Grünen

Heinz Temmes	Bündnis '90/DIE GRÜNEN
Johannes Weiten	Bündnis '90/DIE GRÜNEN
Klaus Borger	Bündnis '90/DIE GRÜNEN

FWM-/FDP-Fraktion

Bernhard Morbe	FREIE WÄHLER Merzig
Hermann Schuh	FREIE WÄHLER Merzig
Karsten Thomaser	FDP

Ortsvorsteher

Claus Linz	SPD
------------	-----

Verwaltung

Nicole Leinen  
Werner Gasper  
Arno Jung  
Stephan Fandel

**Abwesend**

CDU-Fraktion

Maria Bänsch	CDU	entschuldigt
--------------	-----	--------------

SPD-Fraktion

Manfred Klein	SPD	entschuldigt
Arndt Oehm	SPD	entschuldigt

Fraktion B'90/Die Grünen

Elina Santo	Bündnis '90/DIE GRÜNEN	entschuldigt
-------------	------------------------	--------------

DIE LINKE-Fraktion

Hannah Spanier		entschuldigt
Frank Hackenberger	DIE LINKE	entschuldigt

AfD-Fraktion

Jörg Ulrich Gruhn

AfD

entschuldigt

Dieter Leistenschneider

AfD

entschuldigt

# Tagesordnung

## Öffentlicher Teil

- Eröffnung der Sitzung
- |   |   |          |
|---|---|----------|
| 1 | Sitzungen der städtischen Gremien; hier: Vorübergehende Übertragung aller wichtigen Aufgaben auf den Hauptausschuss | 2020/435 |
| 2 | Änderung der Geschäftsordnung; hier: Änderung der Wertgrenzen   | 2020/446 |
| 3 | Änderung der Satzung über die öffentlichen Bekanntmachungen der Kreisstadt Merzig                                   | 2020/443 |
| 4 | Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand des Ersten Hauptamtlichen Beigeordneten                               | 2020/444 |
| 5 | Klinikum Merzig; hier: Verabschiedung einer Resolution; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 27.02.2020             | 2020/411 |
| 6 | Baubetriebshof; hier Antrag B90/Die Grünen vom 31.03.2020   | 2020/457 |
| 7 | Verpackungsgesetz   | 2020/418 |
| 8 | Mitteilungen, Anfragen und Anregungen   |          |

## Nichtöffentlicher Teil

- |      |  |          |
|------|--|----------|
| 9    | Abschluss eines Ordnungsmaßnahmenvertrages bezüglich des Markthallengeländes               | 2020/420 |
| 10   | Grundstücksangelegenheiten   |          |
| 10.1 | Grundstücksangelegenheiten im Rahmen der Fremdwasserentflechtung Fitten-Hilbringen-Ballern | 2020/397 |
| 10.2 | Überlassung/Tausch von Grundstücken im geplanten Kiesabbaugebiet in Besseringen            | 2020/424 |

10.3	Überlassung/Tausch von Grundstücken im geplanten Kiesabbaugebiet in Besseringen	2020/424-001
10.4	Nutzungsvertrag Kiesabbau Besseringen	2020/425
10.5	Nutzungsvertrag Kiesabbau Besseringen	2020/425-001

# Protokoll

## Öffentlicher Teil

---

### Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

FWM-/FDP-Fraktionssprecher Morbe beantragt, die Tagesordnungspunkte 10.2 bis 10.5 von der Tagesordnung abzusetzen. Auf Nachfrage von Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) bestätigt Bürgermeister Hoffeld, dass aus Sicht der Verwaltung bei diesen Punkten Dringlichkeit gegeben sei. Der Stadtrat lehnt den Vertagungsantrag mit sechs Ja-, 22 Nein-Stimmen und zwei Stimmenthaltungen ab.

---

1	<b>Sitzungen der städtischen Gremien; hier: Vorübergehende Übertragung aller wichtigen Aufgaben auf den Hauptausschuss</b>	<b>2020/435</b> ungeändert beschlossen
---	--	---

Bürgermeister Hoffeld schildert die durch das Corona-Virus ausgelöste Sondersituation, die Auswirkungen auf das private und berufliche Leben sowie auf die Arbeit in den kommunalen Gremien habe. Im Vordergrund stehe dieser Tage der Gesundheitsschutz und das gemeinsame, weltweite Wirken, um die Ausbreitung des Virus zu minimieren. Vor diesem Hintergrund seien bereits alle für Mai und Juni 2020 im Stadtgebiet geplanten Veranstaltungen abgesagt; auch die größeren Feste, die im Juli und August hätten stattfinden sollen. Gleiches treffe auf die städtischen Gremien zu. Auch hier wolle man die Gesundheit schützen und Infektionsgefahren reduzieren. Aber die Gremien müssten dennoch weiterarbeiten, damit die Stadt handlungsfähig bleibe. In Anlehnung an die Empfehlung des Innenministeriums solle künftig nur über dringende, nicht aufschiebbare Angelegenheiten in Sitzungen beraten und entschieden werden. Selbstverständlich hätten die Fraktionen weiterhin das Recht, eigene Punkte auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Damit weniger Mitglieder anwesend sein müssten und um die Infektionsgefahr zu minimieren, sollen die Punkte im „Ferienausschuss“ – dem Hauptausschuss – beraten werden. Dieser Ausschuss entspreche in Bezug auf die Zusammensetzung dem Verhältnis der Zusammensetzung im Stadtrat. Alle Stadtratsmitglieder, die nicht Mitglied des Hauptausschusses seien, könnten natürlich an Sitzungen des Hauptausschusses teilnehmen. Darüber hinaus könnte in den Fällen, in denen der Hauptausschuss abschließend über ein Thema beschliesse und in denen keine schutzwürdigen Belange tangiert seien, die interessierte Öffentlichkeit anwesend sein. Diese Regelung solle nach dem Vorschlag der Verwaltung bis zum 31.12.2020 gelten. Eine Überprüfung der Regelung solle zwischen dem 15. und 30. September 2020 erfolgen. Im Hinblick auf vorbehaltenen Aufgaben des Stadtrates im Sinne des § 35 KSVG werde nach wie vor der Stadtrat einberufen.

Ratsmitglied Dr. Hans (CDU) führt wie folgt aus: „Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu medizinischen Aspekten der Corona-Pandemie. Im Dezember 2019 berichteten die Medien über das erstmalige Auftreten einer neuen Lungenerkrankung in Wuhan. Das neue Virus stammt aus der Familie der Coronaviridae, die schon 2003 die SARS-Epidemie und 2015 die MERS-Ausbrüche in Südkorea verursacht hatten. Infolge extrem hoher Infektions- und Sterberaten ordnete die chin. Staatsführung nach kurzer Zeit die Totalabschottung der Region um Wuhan sowie ein striktes Ausgangsverbot für circa 60 Millionen Anwohner an. Nach Südkorea und dem Iran kam es im Verlauf auch in Europa zum Auftreten von Erkrankungsfällen in der Region Bergamo in Italien, im Departement GE sowie in Spanien. Die Erkrankungs-

Zahlen explodierten in diesen Gebieten förmlich und brachten die klinischen Strukturen schnell zum Zusammenbruch, mit Todesfallzahlen von über 1000/Tag. Die angeordneten Maßnahmen mussten mehrfach drastisch verschärft werden, um durch die Reduktion der Neuinfektionen das faktisch am Boden liegende Gesundheitssystem stabilisieren zu können. In Deutschland kam es erst nach einer Latenzphase zum Auftreten von Hotspots, wie z.B. bei der Firma Webasco oder in Heinsberg. In Kenntnis der Verläufe in Frankreich, Italien und Spanien wurden in Deutschland die Ressourcen im Bereich Intensivmedizin und Beatmung zügig erweitert, OP-Programme wurden auf das medizinisch unbedingt Notwendige reduziert und Sonderstationen zur Aufnahme von Corona-Verdachtsfällen und Erkrankten aufgebaut. Wie ist zurzeit die Lage in Deutschland (laut RKI 23.04.2020): 148.046 Erkrankte (103.300 Genesene), 5.094 Tote. Das Saarland liegt aktuell mit durchschnittlich 239 Erkrankungsfällen /100.000 EW auf Platz 3 in Deutschland. In Deutschland findet sich eine Altersverteilung zwischen 25 und 105 Jahren, der Median der Erkranktengruppe liegt bei 50 Jahren, in der Gruppe der verstorbenen Patienten jedoch bei 82 Jahren. Ein deutlicher Anstieg der Todesfälle zeigt sich ab dem 60. Lebensjahr mit einer Spitze zwischen dem 80. und 90. Lebensjahr. Lassen Sie mich nun auf zwei statistische Zahlen zu sprechen kommen: Aktuell wird für statistische Zwecke der RO-Wert, die sog. Basisreproduktions-Zahl oder Ansteckungsrate genutzt. Sie sagt aus, wie viele Menschen ein Erkrankter in einer nicht immunen Gesellschaft ansteckt. Für Covid19 nennen Studien laut RKI einen Wert zwischen 2,4 - 3,3, dieser sank zwischenzeitlich auf 0,8, aktuell befindet er sich bei 0,9, was insbesondere für ältere Mitbürger und Menschen mit schweren Vorerkrankungen als Risikogruppe von Bedeutung ist. Die Durchseuchungsrate gibt dagegen an, wie viele Menschen in einer Gesellschaft durch Impfung oder durch eine durchgemachte Erkrankung mit Antikörperbildung immun gegen einen Erreger sind. Damit ein Erkrankter nur noch eine weitere Person ansteckt, müsste die Durchseuchungsrate bei 60 - 70 % liegen. Laut dem Virologen Christian DROSTE kann zurzeit davon in Deutschland aber noch nicht ausgegangen werden. Hier wird erst die Möglichkeit einer Impfung Abhilfe schaffen, wobei diese wohl aber nicht vor 2021 verfügbar sein wird. Die vorgenommenen Maßnahmen - wie der Lock down - haben zu einer Stabilisierung der Lage geführt und eine Überforderung der medizinischen Strukturen vorerst verhindert. Zurzeit kann aber noch nicht davon ausgegangen werden, Covid19 überwunden zu haben. Trotz erster Lockerungen muss weiterhin auf die strikte Einhaltung der aktuellen Maßnahmen Wert gelegt werden, um ein Wiederaufflammen und einen erneuten Anstieg der Erkrankungszahlen mit der Notwendigkeit einer intensivmedizinischen Behandlung zu verhindern. Aus den vorgenannten Gründen ist eine Übertragung von Anliegen des Stadtrates auf den Hauptausschuss sinnvoll und geboten, um durch diese Maßnahme das Infektionsrisiko für uns und andere zu reduzieren und so minimal wie möglich zu halten. Alles andere wäre in Bezug auf die vorgenannten Risiko-Gruppen unverantwortlich, man könnte beinahe sagen: fahrlässig. Ich möchte aus gegebenem Anlass noch darauf hinweisen, dass allen Fraktionen des Stadtrates die Möglichkeit von Videochats zur Verfügung steht, um sich vor einer Hauptausschuss-Sitzung bezüglich der bestehenden Punkte zu besprechen und das Vorgehen abzustimmen. Somit hat jedes Fraktionsmitglied die Möglichkeit, aktiv an der Meinungsbildung zu partizipieren. Dass die Übertragung zeitlich begrenzt wird, wird von der CDU-Fraktion ausdrücklich begrüßt. Aus den vorgenannten Gründen stimmt die CDU-Fraktion der Vorlage zu.“

Ratsmitglied Holzner (SPD) erklärt, dass die vorliegende, für alle sehr besondere Situation auch besondere Maßnahmen erfordere. In Verwaltungen und Firmen werde nach einem ähnlichen Prozess verfahren. Es seien nicht alle vor Ort, um das Infektionsrisiko zu verringern und möglichst eine Ansteckung mit dem Covid19-Virus zu verhindern. Natürlich sollte der Hauptausschuss die Geschäfte der übrigen Ausschüsse nur – wie vorgesehen und in der Vorlage beschrieben – in dringenden Fällen übernehmen und auch nur so lange, wie absolut nötig. Damit werde die Zahl der Anwesenden und somit das Infektionsrisiko erheblich reduziert. Die Bürgerinnen und Bürger hätten sicherlich mehrere Vertreter der Parteien gewählt, aber sie sei sich sicher, dass Verständnis dafür herrsche, in dieser noch nie da gewesenen Situation so zu agieren. Besprochen werden sollten nur die wichtigsten bzw. unaufschiebbaren Themen. Sie sei sich sicher, dass der Bürgermeister dabei auch Rücksprache mit den Fraktionen halten werde. Im Mai solle der Landtag eine Änderung des Kommunalselbstver-

waltungsgesetzes beschließen. Wenn Mitte Mai ein wirksamer Beschluss vorliege, werde es neue Möglichkeiten der Beratung geben. Bis dahin müsse man die Krise bewältigen und möglichst hohe Schutzvorkehrungen treffen. Wichtig sei, das Virus einzudämmen und alle bestmöglich zu schützen. In diesem Sinne stimme die SPD-Fraktion der Verwaltungsvorlage zu.

Grünen-Fraktionssprecher Borger kündigt an, dass seine Fraktion die Beschlussempfehlung der Verwaltung nicht mittrage. Das Innenministerium führe in seinem Schreiben vom 17. März aus: „Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass die vorstehenden Ausführungen vor dem Hintergrund der heutigen Lage getroffen werden und je nach der weiteren Ausbreitung des COVID-19 Virus andere Verfahrensweisen geprüft werden müssen.“ Wie man an dem neuen Corona-Fahrplan der Landesregierung erkenne, gebe es Lockerungen anstatt Verschärfungen. D.h. man habe offensichtlich – so interpretiere er diese Entscheidung – eine weniger dramatische Lage als zum Zeitpunkt des Schreibens vom 17.03.2020. Dies werde auch in Fachkreisen unterschiedlich beurteilt. Merzig habe im Gegensatz zu anderen Gemeinden eine große Stadthalle, wo nicht nur die Sicherheitsabstände gewahrt werden könnten, sondern wie heute durch das Tragen von Mund- und Nasenschutz eine zusätzliche Reduzierung der Infektionsgefahr erfolge. Unabhängig davon stehe es jedem Ratsmitglied frei, den Hauptausschuss zu besuchen; d.h. zumindest theoretisch würde dies an der anwesenden Personenzahl nichts ändern. Wie der Bürgermeister bereits ausgeführt habe, wäre im Falle von öffentlichen Punkten auch Publikum zugelassen. Von daher würde sich an der heutigen Situation im Prinzip nichts verändern. Immer habe seine Fraktion kritisiert und bedauert, dass die rechtlichen Hürden mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit politischen Entscheidungen verhindern. Dies betreffe nicht nur die Stadt Merzig, sondern sei entsprechend im Kommunalselbstverwaltungsgesetz so geregelt. Der Hauptausschuss tage immer nichtöffentlich. Nach dem Ansinnen der Verwaltung könnten Dinge, die sehr wohl von öffentlichem Interesse seien, in Zukunft in diesen nichtöffentlichen Ausschuss verwiesen werden. Die Mandatsträger seien daran gehindert, die Bürgerinnen und Bürger über ihre Gremienarbeit und folgende politische Entscheidungen zu informieren. Im Hauptausschuss sollen wie beabsichtigt abschließende Beschlüsse gefasst werden. Für die Oppositionsparteien bedeute dies, dass nur der eine Vertreter an den Beschlüssen im Hauptausschuss mitwirke. Oft würden sich in der Beratung im Hauptausschuss neue Dinge entwickeln, die eben nicht im Vorfeld mit den Fraktionsmitgliedern besprochen werden könnten, um einen Beschluss als Fraktion zu fassen. Die Vorberatung sei das Wesen der Ausschüsse. Besonders kritisch sei für seine Fraktion die Ermächtigung des Bürgermeisters zu entscheiden, ob und wann Sitzungen stattfinden und was auf die Tagesordnung komme. Er habe zuvor zustimmend zur Kenntnis genommen, dass auch in Zukunft Anträge der Fraktionen berücksichtigt würden.

Grünen-Fraktionssprecher Borger zitiert aus einer E-Mail vom 24.3.2020, die der Bürgermeister an die Fraktionsvorsitzenden gerichtet habe: „Die Tagesordnung wird lediglich dringend notwendige Punkte enthalten.“ Er stellt die Frage, wer entscheide, was dringend sei. Der Vorlage der Verwaltung folgend hebele der Bürgermeister das Recht des Stadtrates aus und dies widerspreche den fundamentalen Prinzipien der Gewaltenteilung. Die Grünen-Fraktion sehe den Vorschlag der Verwaltung in der jetzigen entspannteren Situation als nicht erforderlich an und als Schwächung demokratischer Grundprinzipien in der Gewaltenteilung. Wie der Präsident des Saarländischen Verfassungsgerichtshofes in einem SR-Bericht sehr deutlich gemacht habe, dürfe auch eine solche Situation nicht dazu führen, dass unsere freiheitlich, demokratische Grundordnung ausgehöhlt werde. Nach dessen Auffassung „muss die Stunde der Exekutive bald vorbei sein.“ Seine Fraktion wolle eine Regelung mit Augenmaß, welche das Parlament nicht schwäche und die Gesundheit und den Rechtsstaat und unsere Demokratie schütze. Die Weiterführung aller Gremiensitzungen mit entsprechenden Schutzmaßnahmen sei in der Stadthalle möglich.

Bürgermeister Hoffeld bringt sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, wie man als Fraktion von Lockerungen sprechen könne und dass sich die Situation entspannt habe, wenn man gleichzeitig wisse, dass es ab kommenden Montag eine Maskenpflicht gebe. Diese Haltung



erachte er sogar als fahrlässig. An die Adresse der Grünen-Fraktion und an Fraktionssprecher Borger persönlich richtet der Vorsitzende die Vermutung, dass die Verwaltung hätte unternehmen können, was sie gewollt hätte: hätte sie nichts veranlasst, hätte Fraktionssprecher Borger vermutlich kritisiert, dass die Verwaltung die Empfehlung des Ministeriums nicht beachte und die Gesundheit jedes einzelnen Ratsmitglieds auf Spiel setze. Man könne aus seiner Sicht machen, was man wolle: Fraktionssprecher Borger kritisiere vermutlich immer.

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) erklärt zum Thema „Gefahrenlage“, dass die Frage letztendlich sei, ob ein Impfstoff vorliege oder nicht. Da es keinen Impfstoff gebe und so lange keiner vorliege, sei die Gefahrenlage - unabhängig davon, wie vernünftig sich die Menschen verhalten würden, um die Gefahr der schnellen Ausbreitung nicht noch zu potenzieren - nach wie vor gleich hoch. Denn die Gefahrenlage gehe von einem Virus aus, zu dem es kein Gegenmittel gebe. Dies sei der einzige Maßstab für ihn. Unabhängig davon, ob ein Krankenhaus überlaufe oder nicht, sei die Gefahrenlage davon unberücksichtigt gleich hoch.

Grünen-Fraktionssprecher Borger bittet darum, ihm nichts Falsches in den Mund zu legen. Er habe vorgetragen, dass die Landesregierung Maßnahmen gelockert habe. Dies sei eine Tatsache. Er befürworte dies nicht und sehe das Ende dieses Virus nicht gegeben. Dennoch gebe es in der Stadthalle ausreichenden Sicherheitsabstand und die Ratsmitglieder würden Mund- und Nasenschutz tragen. Vor diesem Hintergrund erkenne er die Not nicht, den Hauptausschuss mit Angelegenheiten des Stadtrates zu beauftragen, wenn womöglich dieselben Personen wie heute sowie Publikum anwesend sein werden. Das Innenministerium habe sein Schreiben an alle Gemeinden gerichtet. Es gebe viele Gemeinden im Saarland, die nicht den Komfort wie Merzig hätten und über eine so große Stadthalle verfügen würden, wo Personen zwei Meter – ggfls. sogar vier Meter – auseinander sitzen könnten. Er widerspreche der Unterstellung, er persönlich oder seine Fraktion verharmlose die Situation. Er habe lediglich die Landesregierung zitiert.

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat fasst den Grundsatzbeschluss, bis zum 31.12.2020 mit Überprüfung zwischen dem 15. und 30.09.2020 alle dringenden, nicht aufzuschiebenden Angelegenheiten des Rates und der Fachausschüsse auf den Hauptausschuss zu delegieren. Davon ausgenommen sind die Zuständigkeiten des Rechnungsprüfungsausschusses, des Werksausschusses sowie die nach § 35 KSVG vorbehaltenen Aufgaben des Stadtrates.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	3	3

---

## **2 Änderung der Geschäftsordnung; hier: Änderung der Wertgrenzen 2020/446** ungeändert beschlossen

Bürgermeister Hoffeld erklärt, dass die Verwaltung auch bei diesem TOP die Empfehlung der Landesregierung aufgreife. Ziel sei eine Anpassung der Wertgrenzen. Auch diese Regelung solle befristet sein bis zum 31.12.2020. Analog zu TOP 1 solle zwischen dem 15. und 30. September 2020 eine Überprüfung erfolgen. Trotz weniger Sitzungen solle es weiterhin eine schnelle Handlungsfähigkeit der Verwaltung geben. Dies betreffe Vergaben und vor allem auch Steuerstundungen, die schnell ausgesprochen werden sollen. Selbstverständlich werde der Rat über alle Vorgänge informiert und natürlich erfolgten die Vergaben nur im Rahmen der vom Stadtrat im Haushalt beschlossenen Mittel.

FWM-/FDP-Fraktionssprecher Morbe erklärt, dass er nicht nachvollziehen könne, warum die Wertgrenzen auf 100.000 € hochgesetzt werden müssten. Seiner Auffassung nach könnte der Hauptausschuss im Falle einer Ausschreibung darüber entscheiden.

Ressortleiterin Leinen erläutert, dass die Stadt viele Baumaßnahmen abwickele. Ferner seien Fristen in Bezug auf Zuschussprojekte einzuhalten; d.h. auf Basis der im Haushalt beschlossenen Maßnahmen erfolgten viele Vergaben. Würden die Grenzen nicht hochgesetzt, würde dies bedeuten, dass es eine Vielzahl an Sitzungen geben müsse. Dies stehe nicht im Einklang mit Blick auf den zuvor gefassten Beschluss, als Teil des Gesundheitsschutzes die Sitzungen zu bündeln und zu reduzieren. Ressortleiterin Leinen betont, dass es um Vergaben im Zusammenhang mit beschlossenen Maßnahmen gehe. Natürlich werde die Verwaltung auch die Vergabevorgaben beachten.

#### **Beschluss:**

Die Änderungen der Geschäftsordnung in Anlage 2 zu § 4 Nr. 3 sowie in Anlage 1 zu § 4 A) Nr. 2.4. werden mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Stadtrates beschlossen. Gleichzeitig beschließt der Stadtrat, die in Anlage 2 zu § 4 der Geschäftsordnung (Vergaberichtlinien) festgelegten Wertgrenzen bis zum 31.12.2020 durch die im Vergabeerlass aufgeführten Wertgrenzen zu ersetzen. Zwischen dem 15. und 30. September 2020 soll eine Überprüfung des Beschlusses erfolgen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	5	1

---

### **3 Änderung der Satzung über die öffentlichen Bekanntmachungen der Kreisstadt Merzig 2020/443** ungeändert beschlossen

Bürgermeister Hoffeld erklärt, dass sich auch an dieser Stelle gezeigt habe, dass man sich in einer absoluten Ausnahmesituation befinde. Die Verwaltung habe feststellen müssen, dass kurzfristig neue Empfehlungen und Verordnungen eingingen, die schnell umgesetzt bzw. angepasst werden mussten. Eine öffentliche Bekanntmachung erfolge derzeit über Neues aus Merzig. Das Amtsblatt erscheine mittwochs, Redaktionsschluss sei montags. Die Bekanntmachungssatzung solle daher so geändert werden, dass über die Internetseite kurzfristig öffentliche Bekanntmachungen erfolgen könnten. Im Nachgang solle darüber weiterhin in Neues aus Merzig informiert werden.

Grünen-Fraktionssprecher Borger erklärt, dass seine Fraktion diesen Vorschlag durchaus für sinnvoll ansehe. Er bittet aber um folgende Auskunft: im Falle einer öffentlichen Bekanntmachung auf der Internetseite könnten theoretisch zwischen der Veröffentlichung auf der Internetseite und in Neues aus Merzig mehrere Tage liegen. Mit Blick auf die älter werdende Gesellschaft müsse berücksichtigt werden, dass nicht alle über einen Internetzugang verfügen. Es stelle sich die Frage, was geschehe, wenn ein Bürger von einer Bekanntmachung auf der Internetseite keine Kenntnis erlangt habe und bis zur Veröffentlichung in Neues aus Merzig gegen eine Allgemeinverfügung verstoße.

Bürgermeister Hoffeld antwortet, dass in solchen Fällen die betreffende Person auf sein Fehlverhalten hingewiesen würde. Auch aktuell könne man nicht in jedem Fall davon ausgehen, dass eine Bekanntmachung im Amtsblatt gelesen werde.

**Beschluss:**

Die Änderung der Bekanntmachungssatzung wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	0	0

---

**4 Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand des Ersten Hauptamtlichen Beigeordneten** **2020/444**  
ungeändert beschlossen

Wie der Bürgermeister ausführt, habe der Erste Hauptamtliche Beigeordnete seine Zustimmung erteilt, seinen Eintritt in den Ruhestand auf den 1.7.2020 zu verlegen. Dafür sei er Dieter Ernst auch sehr dankbar, denn die Verwaltung operiere derzeit in verschiedenen Teams, ebenfalls um die Infektionsgefahr im Rathaus zu minimieren.

Ratsmitglied Schuh (FWM/FDP-Fraktion) äußert vollstes Verständnis für das Ansinnen des Bürgermeisters, auf einen erfahrenen leitenden Mitarbeiter in dieser Zeit nicht verzichten zu können oder zu wollen. Er befürworte daher grundsätzlich eine Verlängerung der Dienstzeit des Hauptamtlichen Ersten Beigeordneten Dieter Ernst. Allein der kurze Zeitraum von zwei Monaten, der vorgesehen sei, sei für ihn vollkommen unverständlich. Aller Voraussicht nach sei die Corona-Krise bis zum Ablauf dieses Zeitraumes nicht beendet. Er hätte daher Verständnis für eine Verlängerung bis maximal Ende 2020. Bis dahin wäre dann auch Zeit, über einen Nachfolger – ob überhaupt und falls ja, wer konkret – entscheiden zu können. Bis zu einer solchen Entscheidung – mit Ausschreibung usw. – sei ein größerer Zeitrahmen erforderlich. Hierzu bitte er den Bürgermeister um Erläuterung, gerne auch im nichtöffentlichen Teil. Ferner bitte er für den Fall, dass ein Nachfolger benannt werden solle darum, keine politische Entscheidung zu treffen. In diesem Fall müssten die fachlichen Qualitäten im Vordergrund stehen und nicht die Grenzen der politischen Parteien.

Der Vorsitzende erläutert, dass es dem persönlichen Wunsch von Dieter Ernst entspreche, den Eintritt in den Ruhestand bis maximal zum 1.7.2020 hinauszuschieben. Zur Nachfolge könne er zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage treffen. Er teile die Auffassung, wonach ein Nachfolger aufgrund seiner Qualifikationen die Verwaltung verstärken solle; dies müsse immer im Vordergrund stehen.

**Beschluss:**

Der Eintritt des Ruhestands des Ersten Hauptamtlichen Beigeordneten Dieter Ernst wird mit dessen Zustimmung bis zum 01.07.2020 hinausgeschoben.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	4	0

Bürgermeister Hoffeld weist darauf hin, dass der Vorschlag der SPD-Fraktion im Hauptausschuss etwas modifiziert worden sei.

Ratsmitglied D'Auria (SPD) begründet den Antrag der SPD-Fraktion wie folgt: „Seitdem wir diese Resolution eingereicht haben, hat sich die Situation um die Krankenhauslandschaft in unserem Kreis - aber auch landesweit und unabhängig von der aktuellen Pandemie - weiter verschärft. Das vom Gesundheitsministerium angestoßene Interessebekundungsverfahren hat nicht das gewünschte Ergebnis gebracht. Zwar gibt es Vorschläge von verschiedenen Trägern, nach einer Lösung wird aber immer noch gesucht. Es wird sicherlich in den nächsten Wochen Entscheidungen geben und wir warten gespannt, was in den Kliniken in der näheren Umgebung passieren wird. Umso wichtiger erscheint mir heute die Verabschiedung der Ihnen vorliegenden Resolution. Die SPD hat sich schon immer für das Krankenhaus Merzig eingesetzt, so auch heute. Das Klinikum Merzig hat mit all seinen Abteilungen nicht nur in der Region einen hervorragenden Ruf. Seit Jahrzehnten hat hier die Psychiatrie, schon als Kreiskrankenhaus, eine Vorreiterrolle bundesweit eingenommen. Auf unsere Klinik ist Verlass, das hat sie auch in den letzten Wochen durch ihren Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen in der Corona-Krise unter Beweis gestellt. Dafür an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle, die einen großen Beitrag zur Pandemie-Bekämpfung in der Klinik in dieser schwierigen Zeit leisten. Das Klinikum Merzig muss erhalten und als Lehrstützpunkt und somit als Akademisches Lehrkrankenhaus vorgehalten werden. Unverzichtbar ist auch die Rolle der Klinik als Anker des bestehenden Gesundheitscampus. Wir fordern deshalb die Landesregierung, den Krankenhausträger SHG und die Gesundheitsministerin Monika Bachmann auf, das Schwerpunktkrankenhaus in Merzig auf sichere finanzielle Beine zu stellen, die Zukunft der Klinik voranzutreiben und zu unterstützen.“

Ratsmitglied Schmitt (CDU) führt wie folgt aus: „Die CDU-Stadtratsfraktion unterstützt ausdrücklich diese Initiative mit dem Ziel, die bestmögliche medizinische Versorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger langfristig sicher zu stellen und gute Arbeitsbedingungen für die im Krankenhaus und im Gesundheitswesen Beschäftigten auch in Zukunft zu erhalten. Das SHG-Klinikum Merzig ist ein hoch leistungsfähiges, multidisziplinäres Krankenhaus, das sich ständig weiterentwickelt. Innovative Wege sind mit dem Gesundheitscampus Merzig bereits in beispielhafter Weise beschritten worden. Die durch die Corona-Pandemie bestimmte aktuelle Situation führt uns die lebenswichtige Bedeutung leistungsfähiger Einrichtungen im Gesundheitswesen sehr deutlich vor Augen: es ist für jeden von uns überlebenswichtig, im Notfall schnell eine hochqualifizierte medizinische Versorgung erhalten zu können. Wie der internationale Vergleich zeigt, ist das nicht überall und für jeden Menschen der Fall. Wir haben ein sehr leistungsfähiges Gesundheitswesen, in dem die Zusammenarbeit der Beteiligten funktioniert. Die Grundlage dafür ist ein gut funktionierendes Gemeinwesen auf allen Ebenen. Wie reflektiert und engagiert die Verantwortlichen handeln, was alles machbar und möglich ist, wenn es im wahrsten Sinne des Wortes notwendig ist, erfahren wir gerade. Wir danken allen, die sich unmittelbar um die Erkrankten kümmern. Wir danken allen, die mit großem Einsatz dazu beitragen, dass die dafür erforderlichen Voraussetzungen vorhanden sind und jedem, der seinen Beitrag dazu leistet, diese Krisensituation zu bewältigen.“

Grünen-Fraktionssprecher Borger begrüßt ausdrücklich das Ansinnen der SPD-Fraktion, sich mit einer Resolution für den Erhalt des SHG-Klinikums Merzig stark zu machen. Seine Fraktion vertrete jedoch die Auffassung, dass die vorliegende Resolution, datiert vom 27.02.2020, durch die aktuelle Pandemie etwas zu kurz greife. Gerade die Corona-Krise habe die Schwachstellen unseres Gesundheitssystems in einer dramatischen Weise offengelegt, so dass in Zukunft über das Gesundheitssystem neu diskutiert werden müsse. Natürlich stünden die Krankenhäuser und unsere Ärzte am Ende dieser fatalen Entwicklung – eines Gesundheitssystems, das unternehmerischen Prinzipien folge. Wir bräuchten einen grundlegen-

den Paradigmenwechsel in der Gesundheitspolitik. Die Corona-Pandemie sei noch nicht ausgestanden. Im Gegenteil: Sie befinde sich erst am Anfang, wie Virologen übereinstimmend feststellten. Und die Corona-Pandemie werde in unserer globalisierten, überbevölkerten Welt, die mit brachialer Gewalt und in einem nie da gewesenen Tempo die natürlichen Ressourcen ausbeute und unsere Lebensgrundlagen zerstöre, nicht die letzte sein, so auch die unabhängige Wissenschaft. Solche Pandemien würden die Konsequenz sein, mit der sich die Natur gegen menschliche Eingriffe bzw. Übergriffe zu wehren versuche. Neben der grundsätzlichen Frage, welches Gesundheitssystem wir zukünftig benötigen, hätte seine Fraktion sich auch ein klares Signal – dies sei durch die Vorrednerin erfolgt – an unsere Ärzte und Pflegekräfte gewünscht, die nicht nur einen Job verrichten würden, sondern mit Leidenschaft und dem Ehrenkodex folgend und unter Gefährdung ihrer eigenen Gesundheit Tag für Tag in dieser Ausnahmesituation Unvorstellbares leisten. Insofern beantrage seine Fraktion, die vorliegende Resolution um folgende Punkte zu erweitern: Einfügung eines neuen Absatzes auf Seite zwei: „Die aktuelle Corona-Pandemie hat die Grenzen der heute existierenden Gesundheitspolitik schonungslos offengelegt. Die gegenwärtigen Grundprinzipien der Leistungsfinanzierung im Gesundheitswesen funktionieren nachweislich nicht. Sie sind nicht geeignet, ausreichende Vorsorge für eine Pandemie zu schaffen. Wenn die Corona-Pandemie die längst überfällige Neuordnung der Gesundheitspolitik einleiten soll bzw. muss, muss sich unsere Demokratie die Entscheidung über die Strukturen unserer Gesundheitsversorgung zurückholen. Jetzt und zwar jetzt muss die Systemfrage gestellt werden und in einem transparenten Prozess müssen die Bürgerinnen und Bürger in die Debatte einbezogen werden. Für eine verlässliche Gesundheitsversorgung vor Ort – auch im Zeichen solcher Pandemien – muss das Saarland neu planen. Wir brauchen eine Krankenhausplanung, die Erreichbarkeit, Qualität und Effizienz - etwa durch verbindliche Vorgaben für die Ausstattung und die Öffnungszeiten von Notfallambulanzen – räumlich formuliert und durchsetzt und die regionale Versorgung nicht dem Zufall der Leistungsfähigkeit und –bereitschaft des jeweiligen Krankenhausträgers überlässt. Wir wollen, dass verlässliche Vorgaben für die Versorgungsstandards und eine ausreichende Finanzierung mit einer Stärkung der Rolle der Kommunen für die Umsetzung der verlässlichen Versorgung für unsere Bevölkerung vor Ort neu definiert werden. Mit unserer besonderen Lage im Dreiländereck könnte die Gründung einer grenzüberschreitenden Gesundheitsregion, in der die Länder, die zuständige kommunale Ebene, die Krankenkassen, die Selbstverwaltung der Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker sowie weitere medizinischen Berufe in enger Verzahnung mit weiteren Akteuren, wie z.B. den Rettungszweckverbänden, die regionale Sicherstellung der Mindestversorgung gemeinsam verabreden. Eins hat Covid 19 gezeigt: Politische Grenzen kennt ein Virus nicht. Der Stadtrat Merzig fordert daher die Landesregierung auf, die vorgenannten Aspekte aufzugreifen, um so auch den Krankenhausstandort Merzig nicht nur zu sichern, sondern als einen zentralen Standort in einer grenzüberschreitenden Gesundheitsregion zu entwickeln.“

Bürgermeister Hoffeld weist darauf hin, dass die ursprüngliche Fassung bereits im Hauptausschuss dahingehend ergänzt worden sei, dass das Klinikum Merzig weiter gestärkt werden solle.

Ratsmitglied Boos (CDU) merkt mit Blick auf die Ausführungen von Grünen-Sprecher Borger an, dass er dessen am Gesundheitssystem geübte Kritik nicht nachvollziehen könne. Sicherlich gebe es aktuell gewisse Schwierigkeiten und Probleme; es habe sich jedoch gezeigt, dass der Gesundheitsstandort Deutschland mit am besten in der gesamten Welt reagiert und die Eindämmung mit am besten funktioniert habe. Wir verfügen über ein sehr gutes Gesundheitssystem, was nicht bedeute, dass man nicht noch weitere Verbesserungen erzielen könne. Deshalb könne er die von Klaus Borger geübte Kritik nicht nachvollziehen. Diese sei aus seiner Sicht nicht gerechtfertigt.

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) beschreibt als Kern der Resolution, den politischen Willen auszudrücken, den Standort Merzig und das SHG-Klinikum Merzig mit seinen Beschäftigten zu stärken. Vorliegend gehe es nicht darum, Grundsatzfragen zum Gesundheitssystem zu diskutieren, sondern darum, ob der Merziger Stadtrat gewillt sei, auszudrücken, dass das

SHG-Klinikum Merzig in seiner jetzigen Führung und mit seinen Mitarbeitern eine gute Arbeit mache, unabhängig von der Pandemie. Die Pandemie sei weder vom Krankenhaus, noch von der Gesundheitspolitik verursacht. Man könne über die politische Verantwortung in der Summe reden. Gegenstand der Tagesordnung sei jedoch ein klares Bekenntnis für den Standort und den Träger in Merzig. Und dazu reiche ihm persönlich die vorgesehene Kurzfassung aus.

Bürgermeister Hoffeld teilt die Auffassung von Ratsmitglied Manfred Klein (CDU). Aus seiner Sicht sei wichtig, dass der Merziger Stadtrat heute mit dieser Resolution ein klares Zeichen setze, dass er hinter dem SHG-Klinikum Merzig stehe – ein klares Zeichen, auch für die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Klinikums, die eine wertvolle Arbeit leisten – besonders in den letzten Wochen, aber nicht nur. Diese seien immer rund um die Uhr für die Bevölkerung da. Deshalb wäre es schön, wenn der Stadtrat sich auf eine Resolution einigen könnte.

Grünen-Fraktionssprecher Borger erinnert an den ersten Satz seines Wortbeitrages, wonach er erklärt habe, dass seine Fraktion ausdrücklich die Resolution begrüße. Seine Fraktion wünsche jedoch, dass darüber hinaus weitere Punkte aufgenommen werden, was nicht bedeute, dass die Resolution abgelehnt werde. Im Entwurf der SPD-Fraktion stehe u.a. „das SHG-Klinikum Merzig auf sichere finanzielle Beine zu stellen“. Dies entspreche praktisch einer Aufforderung an den Krankenhausträger, so wie bisher zu agieren. Alle bisherigen Schließungspläne (in Lebach und Wadern) würden aus Kostengründen erfolgen, weil sich ein Betrieb wirtschaftlich nicht mehr rechne. Solange das Gesundheitssystem wie ein Unternehmen ausgerichtet sei, d.h. Personal dürfe nichts kosten – da bringe es auch nichts, abends auf dem Balkon zu klatschen. Auch nach der Corona-Pandemie müssten die Mitarbeiter ordentlich bezahlt werden. Auf der anderen Seite stehe der Patient. Die Unterschiede zwischen Privat- und gesetzlich versicherten Patienten seien hinlänglich bekannt. Wenn man auffordere, den Standort auf sichere finanzielle Beine zu stellen, sei zunächst der Träger in der Pflicht. Er frage sich, wie dies geschehen solle, ob die Landesregierung permanent dem Träger Geld überweisen solle. Die Grünen-Fraktion unterstütze eine Resolution, wünsche sich jedoch darüber hinaus ein paar zusätzliche Punkte, die die grundsätzliche Schieflage im System deutlich machen.

**Beschluss:** Der Antrag der B90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, den Resolutionsentwurf wie von Fraktionssprecher Borger vorgetragen zu ergänzen, wird abgelehnt (Abstimmungsergebnis oben).

Dem von der SPD-Stadtratsfraktion eingereichten und im Hauptausschuss modifizierten Resolutionsentwurf wird zugestimmt (Abstimmungsergebnis unten). Die Resolution zum Klinikum Merzig hat folgendem Kerninhalt: „Der Stadtrat Merzig fordert die Landesregierung und den Krankenhausträger SHG auf, das Schwerpunktkrankenhaus in der Kreisstadt Merzig auf sichere finanzielle Beine zu stellen, jeglichen Abbau oder Bettenreduzierung in Hauptfach- oder Fachabteilungen zugunsten eines Klinikneubaus an anderer Stelle zu verhindern und das Klinikum weiter zu stärken.“

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	24	2
30	0	1

Grünen-Fraktionssprecher Borger bedankt sich, dass der Ursprungsantrag vom 6.11.2019 und der Ergänzungsantrag vom 01.02.2020 den Ratsmitgliedern zur Kenntnis gebracht worden sei. Somit habe jedes Ratsmitglied die Möglichkeit zu lesen, was seit dem 14.11.2019 tatsächlich beantragt und begründet worden sei. In der Sitzungsvorlage der Verwaltung werde Vertagung vorgeschlagen. Dies sei insbesondere damit begründet, dass der damalige Beschluss vom 14.11.2019 nach Auffassung der Verwaltung keine abschließenden Details, wie z.B. den künftigen Standort, beinhalte. Das sehe seine Fraktion aufgrund der von der Verwaltung veröffentlichten Beschlussfassung naturgemäß etwas anders. Er zitiere die veröffentlichte Beschlussfassung vom 14.11.2019: „Der Stadtrat fasste mit 31 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen den grundsätzlichen Beschluss, eine Verlagerung und einen Neubau des Baubetriebshofes anzustreben. Daraus folgend wurde die Verwaltung beauftragt, in Grundstücksverhandlungen mit der Flug-Hafen-Gesellschaft zwecks Ankauf eines Grundstücks im Hafen einzutreten“. Dies sei aus Sicht seiner Fraktion eine deutliche Beschlussfassung. Noch eine Anmerkung zum konstruierten Skandal, der durch die Saarbrücker Zeitung gegangen sei. Dies sei ein Sturm im Wasserglas gewesen, mehr nicht. Er sei daran interessiert zu erfahren, wann und wo seine Fraktion geäußert hätte, der Beschluss vom 14.11.2019 wäre rechtswidrig gewesen. An die Kommunalaufsicht – er sage „Bürgermeister-schutzbehörde“ – sei folgende Frage gegangen: „Wir bitten um eine kurze Bewertung der Angelegenheit und um Mitteilung, ob die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt ohne Einbeziehung unseres Antrages Bestand hat.“ Er habe darum gebeten, diese Anfrage mit ja oder nein zu beantworten. Für diese Antwort habe die Kommunalaufsicht fünf Monate gebraucht. Die Saarbrücker Zeitung sei mit E-Mail vom 22.11.2019 gleichlautend informiert worden. Natürlich respektiere er ausdrücklich die Interpretationsfreiheit einer freien Presse. Er gehe davon aus, dass Ratsmitglied Temmes (Grüne) jetzt den Ergänzungsantrag vorstellen werde.

Ratsmitglied Temmes (Grünen-Fraktion) wiederholt die fünf Punkte seines Antrags vom 06.11.2019. So beantrage die Grüne-Fraktion einen Neubau des Baubetriebshofes und eine Konzentration der erforderlichen Flächen an einem Standort; d.h. er spreche sich dafür aus, dass der Baubetriebshof an einer Stelle – zentral in einem Gebiet in Merzig – und nicht wie bisher an drei oder vier Standorten angesiedelt sei. Ferner favorisiere er einen Standort im Gewerbegebiet Rieffstraße. Der Landesbetrieb für Straßenbau habe ein Gebäude und eine Fläche hinterlassen. Von daher rege er an, dieses Gebäude vom Landesbetrieb zu erwerben und gleichzeitig die Kiesdeponie aufgrund der kurzen Wege zur Saar von der Rieffstraße zum Hafen zu verlagern. Dann stünde in der Rieffstraße eine Fläche von 14.500 qm zur Verfügung, etwa 6.000 qm mehr als damals vorgeschlagen. Somit erfolge eine Stärkung der Rieffstraße und es sei eine gute Infrastruktur vorhanden. Zugleich solle das jetzige Areal des Baubetriebshofes für die Stärkung der Innenstadt sowie das jetzige Areal des Baulagers für die Stärkung des Gewerbegebietes Nord-West für nicht innenstadtrelevante Angebote entwickelt werden. In Bezug auf die Sitzungsvorlage spreche er sich gegen die vorgeschlagene Vertagung aus. Stattdessen solle über seinen Vorschlag abgestimmt werden.

Zu den Wortbeiträgen von Grünen-Fraktionssprecher Borger und Ratsmitglied Temmes (Grünen-Fraktion) merkt Bürgermeister Hoffeld an, dass er bereits in der Novembersitzung erklärt habe, dass die Verwaltung die Anregungen der Grünen-Fraktion mit aufnehmen und prüfen werde. Ferner habe er damals gesagt, dass die Verwaltung dann berichten werde, wenn sie etwas berichten könne über die einzelnen Verhandlungen mit vielen Partnern sowie, wenn über etwas konkret entschieden werden könne. Was in der Tat vorgelegen habe, sei die Ankündigung der Flughafengesellschaft, dass diese sich vorstellen könne, das Gelände zu verkaufen. Sie habe auch einen Preis genannt. Er bitte an dieser Stelle um Verständnis, dass darüber nicht in der Öffentlichkeit geredet werde. Im Hinblick auf den Antrag der Grünen-Fraktion müssten viele Punkte passen. So sei nicht bekannt, ob die Eigentümer die von Herrn Temmes vorgeschlagenen Grundstücke überhaupt verkaufen wollen. Falls ja, seien die Preisvorstellungen zu klären. Diese Dinge müssten zunächst geklärt werden. Er habe zugesagt, dass die offenen Punkte verwaltungsseitig geklärt und anschließend in den Gremien besprochen würden. Er rate aber davor ab, sich in der Öffentlichkeit auf eine Fläche fest-

zulegen, da dies die Verhandlungsposition der Kreisstadt Merzig schwächen würde. Deshalb werbe er für eine Vertagung. Die Verwaltung werde Gespräche mit allen Beteiligten führen, bevor sie einen konkreten Vorschlag mit allen Optionen unterbreite.

Grünen-Fraktionssprecher Borger erklärt, dass der Ergänzungsantrag vom 01.02.2020 so aufgebaut sei, dass er Vor- und Nachteile gegenüber stelle. Er merkt an, dass noch eine große Fläche im Bereich des Hafens frei sei, und verweist auf das Thema „Kiesabbau“, das heute im nichtöffentlichen Teil beraten werde. Es könnte theoretisch sein, dass in Zukunft Kies – wie dies heute eigentlich üblich sei - nicht mehr mit Lkw, sondern mit Frachtschiffen transportiert werde. Sollte es heute mit dem Kiesabbau im Sinne der Verwaltungsvorlage vorangehen, dann sehe er auch aus Gründen der Stadtentwicklung und des Klimaschutzes etc. durchaus ein höheres Potential für diese Fläche im Hafen als Kiesumschlagplatz, als für eine Bauhofansiedlung.

Ratsmitglied Schuh (FWM/FDP) bezeichnet es mit Blick auf einen möglichen Standort im Hafen als Glücksfall, dass ein solches Gelände angekauft werden könne. Er erachte die Alternative in der Rieffstraße eher für suboptimal. Dieser Standort hätte negative Auswirkungen auf den Verkehr. Zudem sehe er im Hafen Synergien mit dem Landesbetrieb als Nachbarn. Mit Blick auf den jetzigen Standort weist er darauf hin, dass die Mitarbeiter regelmäßig über die dort vorliegenden Gefahren unterrichtet werden müssten. Dies sei sehr wichtig.

Ratsmitglied Temmes (Grünen-Fraktion) erklärt, dass man natürlich auch andere Flächen hervorheben könne, so beispielsweise das Bahngelände, das festgestellt sei. Dies seien 20.000 qm. Festgestellt bedeute, dass es planmäßig entwidmet sei. Auch diese Fläche liege ziemlich zentral in der Stadtmitte. Auch die Rieffstraße selbst sei gut anzufahren.

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) plädiert dafür, Grundstücksgeschäfte in Ruhe vorzubereiten, um dann im Ausschuss über Pro und Contra zu diskutieren. Er habe bislang nicht den Eindruck, dass die Verwaltung auf einen Standort festgelegt sei. Der Auftrag sei sehr offen formuliert gewesen; es habe keinen Beschluss für ein Gelände gegeben, sondern lediglich die Bitte, für ein Gelände Verhandlungen zu führen. Dies schließe andere Optionen nicht aus. Er sehe aktuell noch keinen neuen Beratungsbedarf. Der Stadtrat habe eine klare, an den Mitarbeitern und der Situation orientierte Entscheidung für einen Neubau getroffen. Sobald der Verwaltungsvorgang abgeschlossen sei, sollte der Rat mit Fakten tatsächlich nach einer Vorberatung eine Entscheidung treffen. Er schließe sich ausdrücklich der Verwaltungsvorlage an. Erst wenn Fakten vorliegen würden, sollte der Rat entscheiden und nicht vorher.

Grünen-Fraktionssprecher Borger beantragt, den Antrag zur Beratung in den Hauptausschuss zu verweisen. Dieser Antrag wird mit drei Ja-, 25 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen abgelehnt.

#### **Beschluss:**

Das Thema wird vertagt, bis sich etwas an der Sach- und Faktenlage ändert und es wieder Beratungsbedarf gibt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	0	3



Wie der Vorsitzende erklärt, spreche sich die Verwaltung mit der Vorlage für die Einführung einer Gelben Tonne aus. Angestrebt werde eine nachhaltige, saubere Lösung für unsere Stadt, durch die insbesondere das Stadtbild aufgewertet werden solle.

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) bringt im Namen der CDU-Fraktion seine Freude zum Ausdruck, dass dieses langjährige Problem gelöst und dieses bereits oftmals im Ausschuss formulierte Ansinnen, von den gelben Flattersäcken wegzukommen, umgesetzt werde, indem auf ein Tonnensystem umgestiegen werde. Ergänzend zur von der Verwaltung vorgesehenen 240-Liter-Tonne wolle die CDU-Fraktion ebenfalls eine 120-Liter-Tonne anbieten. Dies sei nach Aussage des zuständigen Sachbearbeiters möglich. Dies würde die einen oder anderen Ängste nehmen. Sofern jemand partout über keinen Platz für ein Gefäß verfüge, würde er sich nach Möglichkeit dafür aussprechen, in diesen Fällen ein loses Sammelsystem beizubehalten, wodurch insgesamt Flexibilität gewährleistet wäre. Alle, die bislang gegen die Einführung einer Tonne gewesen seien, würden seiner Einschätzung nach sehr schnell merken, dass dies ein sehr sauberes Geschäft sei. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage – mit der Ergänzung, neben der 240-Liter-Tonne auch eine 120-Liter-Tonne anzubieten – zustimmen.

Ratsmitglied Dyck (SPD) führt wie folgt aus: „Bis heute sind die „Gelben Säcke“ ein Problem. Oft sind sie so dünn, dass es reicht, sie schief anzusehen, damit sie reißen. Das haben auch Katzen und Raben herausgefunden. Der mühsam gesammelte Verpackungsmüll verteilt sich oft genug bei entsprechendem Wind über die Straßen. Damit soll nun Schluss sein. Die Gelben Tonnen versprechen nicht nur, den gesammelten Verpackungsmüll auch zu behalten. Nein, sie sind zudem auch noch umweltfreundlicher als die „Gelben Säcke“, die ja selbst zu Verpackungsmüll werden. Nach nur 6 Jahren hat sich der Kunststoffverbrauch der Tonne amortisiert. Die Verwaltung hat hier eine sehr gute Möglichkeit gefunden, den dünnen Säcken (soweit es geht) aus dem Weg zu gehen. Die SPD-Fraktion stimmt dem Vorschlag deshalb gerne zu.“

Ratsmitglied Weiten (Grüne) kündigt Zustimmung an. Er bittet aber mit Blick auf die festgelegten Zeiten (zehn Jahre minimum, die Sammlung über drei Jahre) darum, die vierte, zunächst aufgrund der von den Bürgern zu tragenden Kosten abgelehnte Option, die Tonne als Wertstofftonne zu erweitern, zumindest anzudiskutieren, wenn dadurch erkennbar sei, dass die Restmengen reduziert und so die von den Bürgern zu tragenden Mehrkosten ausgeglichen werden. Man sollte sich nicht über längere Zeit auf ein System festsetzen, wenn es ggfls. in Zukunft ein besseres geben werde, bei dem auch die Resonanz der Bürger höher sei. Grundsätzlich unterstütze er das Ansinnen, die Säcke durch feste Gefäße zu ersetzen. Aber man sollte auch den anderen Aspekt nicht aus dem Blick verlieren.

Fachbereichsleiter Gasper antwortet, dass die Mitwirkung der Dualen Systeme erforderlich sei, wenn die Gelbe Tonne durch eine Wertstofftonne ersetzt werde, da es mit Blick auf Sammlung und Entsorgung um Kosten gehe.

Ratsmitglied Schuh (FWM/FDP) begrüßt im Grundsatz die Einführung einer 240-Liter-Gelben Tonne. Die gelben Säcke seien nicht mehr zeitgemäß. Er schlage vor, den Abfuhrhythmus auf vier Wochen zu verlängern. Dies sei aus seiner Sicht bei einer solch großen Tonne ausreichend.

Fachbereichsleiter Gasper erklärt, dass die Stadt den Dualen Systemen keine Vorgabe erteilen könne, auf einen vierwöchigen Abfuhrhythmus umzusteigen.

Ratsmitglied Schuh (FWM/FDP) bedauert dies aus Gründen des Umweltschutzes.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird zum Abschluss der Abstimmungsvereinbarung mit den Dualen Systemen bei folgenden Zielvorgaben ermächtigt:

1. Einführung der Gelben Tonne als 120- und 240-Liter-Gefäß mit 14-täglicher Leerung als Standardsammelsystem und in besonders begründeten Ausnahmefällen Sacksammlung im gesamten Stadtgebiet, ohne zusätzliche Kosten für die Bürger.
2. Möglichst hohe Beteiligung der Dualen Systeme an den Sammelkosten für Altpapier.
3. Keine Änderung bei der Altglassammlung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	0	0

---

## **8 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Bürgermeister Hoffeld richtet seinen Dank an alle, die in der jetzigen Zeit im Bereich der Daseinsvorsorge für uns da seien. Dies betreffe die Bereiche „Medizin und Pflege“, Handel, Entsorgung usw. Besonders danke er allen Merziger Bürgerinnen und Bürgern, die sich aus seiner Sicht sehr vorbildlich verhalten und sich zum großen Teil an die Regeln halten würden. Ein Dankeschön gelte auch den städtischen Kolleginnen und Kollegen, die eine wichtige Arbeit machten. Viele seien derzeit täglich im Krisenmanagement gefordert.

Der Vorsitzende richtet an Grünen-Fraktionssprecher Borger folgende Frage: Herr Borger habe am 4. März in Facebook behauptet, dass der Stadt ein Angebot für Splitterbesitzflächen über rd. 700.000 € vorliege. Die Verwaltung habe bei Herrn Borger schriftlich angefragt, wer (und wann) der Kreisstadt Merzig ein solches Angebot unterbreite habe. Er wünsche sich, dass diese Frage von Herrn Borger beantwortet werde.

Grünen-Fraktionssprecher Borger merkt an, dass er ebenso keine Schreiben vom Bürgermeister erhalten, wie der Bürgermeister E-Mails von ihm bekommen habe. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass der Erste Beigeordnete Dieter Ernst Herrn Borger angeschrieben habe, und bittet nochmals darum, die Anfrage zu beantworten, da er von dem in Rede stehenden Angebot keine Kenntnis habe.

Grünen-Fraktionssprecher Borger weist darauf hin, dass auch in Zeiten von Corona der Klimaschutz praktiziert werden solle. Vor diesem Hintergrund bittet er um Auskunft, welche Arbeiten der Bauhof derzeit zwischen Schwemlingen und Weiler ausführe.

Antwort der Verwaltung: Der Baubetriebshof führte im Kohlenbrucher Bach Gewässerunterhaltungsarbeiten durch. Es wurden im Bachlauf Abflusshindernisse entfernt.

Ratsmitglied Klose (SPD) bittet im Namen eines Wellinger Bürgers um Auskunft, warum Einrichtungen, in denen das Einhalten der Hygiene- und Abstandsregeln problemlos möglich sei, geschlossen seien. Er bittet um Information, warum z.B. der Wolfspark, bei dem man ohne weiteres die zugelassene Personenzahl beschränken könne, komplett geschlossen sei. Der Vorsitzende verweist auf die vom Land erlassene Verordnung, die regelt, dass Zoos und Tierparks geschlossen werden müssen. Daran sei die Kreisstadt Merzig gebunden.

Ratsmitglied Temmes (Grüne) bedankt sich beim Bürgermeister und der Verwaltung für die Bemühungen während der aktuellen Corona-Zeit. Im Übrigen sei er erfreut über die kürzlich

fertiggestellten Niederschriften der letzten Stadtratssitzungen. Er wünsche sich, dass diese künftig für die übrigen Ausschusssitzungen als Vorbild fungierten.

Ratsmitglied Thomas Klein (CDU) bittet über Übersendung des Facebook-Posts von Herrn Borger im Zusammenhang mit dem Thema „Splitterbesitzflächen“.

Ratsmitglied Lorenz (SPD) weist darauf hin, dass er bei den Recherchen zu den beiden TOP im nichtöffentlichen Teil bzgl. Kiesabbau in Besseringen auf die Sitzung des Ortsrates Besseringen vom 29.11.2018 gestoßen sei. Dort seien u.a. zwei TOP einstimmig beschlossen worden, die aber bisher noch nicht umgesetzt worden seien: Installation einer Ruhebänk in den Anlagen, die Grünanlage zwischen der Bezirksstraße und der Straße „An den Anlagen“. Dort sollte eine Ruhebänk aufgestellt werden, die aus dem Bestand des Gartens ohne Grenzen herausgelöst werden sollte, was die Maßnahme fast kostenneutral durchführbar machen würde. Ferner das Aufstellen von zwei Verkehrszeichen (Hinweis auf Rettungswege der Feuerwehr am Bürgerhaus). Dadurch sollten die beiden Rettungswege entlang des Bürgerhauses verdeutlicht, die Sicherheit erhöht und ggfls. notwendige Maßnahmen rechtssicherer durchführbar werden. Er bitte den Bürgermeister, sich persönlich für die Umsetzung der beiden Beschlüsse zu bemühen, da sie nur einen geringen Kostenaufwand verursachen, aber zumindest die zweite Maßnahme die Sicherheit vor Ort im Einsatzfall erhöhen könnte.

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) erinnert an die Beschlussfassung, eine besondere Bewirtschaftung des Forstes vorzunehmen. Es seien Flächen geschaffen worden, in die über einen längeren Zeitraum nicht eingegriffen werde. Eine solche Fläche werde derzeit zwischen Menningen und Bietzen bearbeitet. Er spricht eine Einladung an alle Ratsmitglieder aus, die Gelegenheit wahrzunehmen, von der Menninger Brücke ausgehend in dieses schöne Ohligsbachtal zu gehen. Dieses sei ab kommender Woche wieder freigegeben. Dort könne man erkennen, was die Stadtratsbeschlüsse letztendlich bewirkt hätten. Er würde sich freuen, wenn im Anschluss daran in diesem Gremium über diesen Bereich im Besonderen gesprochen werde. Aber man könne nur darüber reden, wenn man es zuvor tatsächlich gesehen habe.